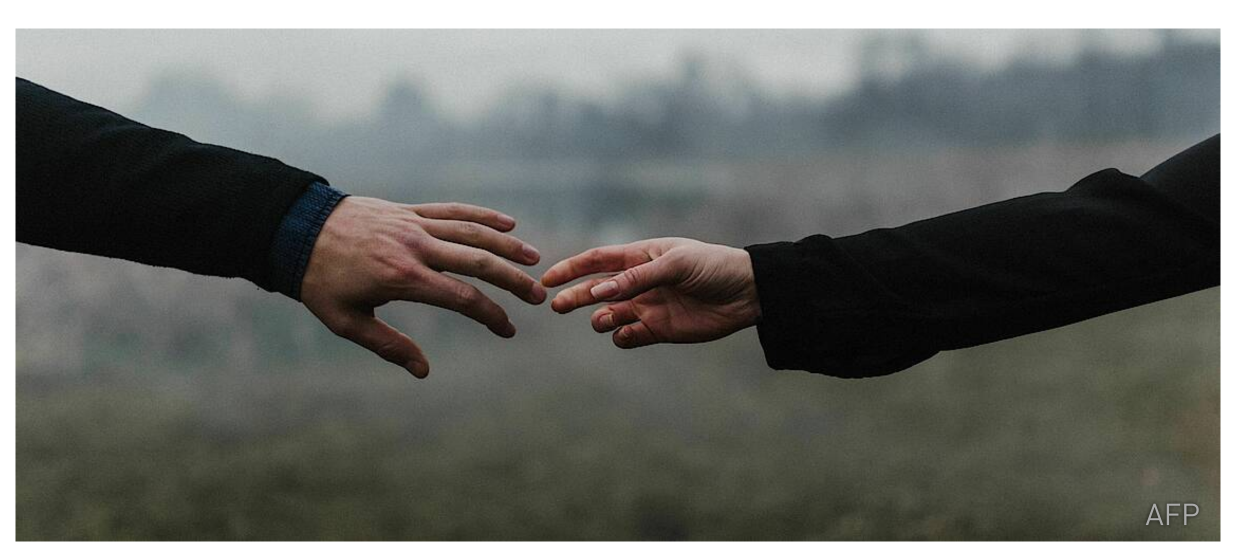
In weiter Ferne, so nah

Kosmopoliten und Nationalisten haben mehr gemeinsam, als sie denken.

Von Kwame Anthony Appiah | 04.04.2019





Alles eine Frage der Zugehörigkeit.

Im Oktober 2016 hielt die britische Premierministerin Theresa May ihre erste Rede als Parteivorsitzende auf einem Parteitag der Konservativen. Offensichtlich bemüht, die populistische Stimmung des Brexit-Votums aufzugreifen, das ihren Vorgänger zum Rücktritt gezwungen hatte, sprach sie von „einem tief empfundenen, ausgeprägten und, seien wir ehrlich, häufig auch berechtigten Gefühl vieler Menschen, dass die Welt für einige wenige Privilegierte gut funktioniert, aber nicht für sie.“ Um dem entgegenzuwirken sei ein „bürgerschaftlicher Geist“ vonnöten. An diesem mangele es aber den Wirtschaftseliten, die einen Teil der Parteibasis ausmachten.

Bürgerschaft bedeute „eine Verpflichtung gegenüber den Männern und Frauen, die um einen herum leben, die für einen arbeiten und die Waren und Dienstleistungen kaufen, die man anbietet.“ Sie wurde noch deutlicher: „Heute verhalten sich zu viele Menschen in Machtpositionen so, als hätten

sie mehr mit den internationalen Eliten gemeinsam als mit den Menschen am anderen Ende der Straße, mit den Menschen, die sie beschäftigen, mit den Menschen, an denen sie auf der Straße vorbeigehen. Aber wer glaubt, ein Weltbürger zu sein, ist in Wahrheit ein Bürger aus dem Niemandsland, der nicht versteht, was Bürgerschaft bedeutet."

Auch wenn May den Begriff nie benutzte, so war doch klar, gegen wen sie ihre Kritik richtete: gegen die sogenannte kosmopolitische Elite. Damit beschwor sie das Bild der ständig um die Welt Fliegenden herauf, die ihre Landsleute durch die Wolken kaum noch wahrnehmen.

Dieses Bild aber ist quasi das Gegenteil von wahrem Weltbürgertum. Der kosmopolitische Auftrag besteht gerade darin, das Ferne und das Nahe gleichermaßen im Blick zu haben. Der Kosmopolitismus sieht Menschen als Wesen, die ihr Leben innerhalb verschachtelter Zugehörigkeiten gestalten: in einer Familie, einer Nachbarschaft, einer Vielzahl sich überschneidender Identitätsgruppen, die eine immer größere Reichweite haben, bis sie schließlich die ganze Menschheit umfassen. Er fordert von uns, Vieles zu sein, weil wir Vieles sind. Und auch wenn seine Kritiker selten lautstärker waren als heute, so ist dieses Credo doch notwendiger als je zuvor.

Es gibt keinen Grund, warum einem Patrioten nicht auch das Schicksal der Erde so am Herzen liegen sollte wie das Schicksal seiner Stadt.



Der Begriff „Kosmopolit" oder „Weltbürger" ist genauso ein Widerspruch wie das „globale Dorf". Dorf bezeichnet etwas Kleines; global aber etwas Riesiges. Der Kosmopolitismus nimmt etwas Kleines und Vertrautes und projiziert es auf eine ganze Welt von Fremden. Und dennoch ist diese paradoxe Formulierung rund um den Globus inzwischen außerordentlich beliebt. In Europa nimmt der konservative Populismus möglicherweise gerade weiter zu, aber in einer von der BBC 2016 durchgeführten Studie gaben fast drei Viertel der befragten Chinesen und Nigerianer an, dass sie sich selbst „eher als Weltbürger" denn als Bürger oder Bürgerinnen ihres eigenen Landes sehen. Dasselbe äußerte auch über die Hälfte der befragten Brasilianer, Kanadier und Ghanaer und sogar zwei von fünf Amerikanern.

Dieses Identitätsverständnis hat etwas Irreführendes. In der BBC-Umfrage wird vorausgesetzt, dass man die relative Wichtigkeit von globalen und lokalen Zugehörigkeiten gegeneinander abwägen muss, als stünden sie zwangsläufig in Konkurrenz zueinander. Das scheint die falsche Denkweise. Denn letztlich bin ich, wie Millionen anderer Menschen auch, stimmberechtigtes Mitglied in mindestens drei politischen Gemeinwesen: In der Stadt New York, im Staat New York und in den Vereinigten Staaten. Würde man mich fragen, welchem dieser Gemeinwesen ich mich am meisten verbunden fühle, hätte ich große Mühe, die Frage zu beantworten.

Käme zu dieser Liste noch meine metaphorische Weltbürgerschaft hinzu, würde das meine Verwirrung auch nicht mindern. Denn Bürgerschaft ist eine Art Identität, deren Einfluss, wie der aller Identitäten, sich je nach Kontext und Thema ändert. Bei der Bürgermeisterwahl ist es am wichtigsten, dass ich New Yorker bin, bei Senatswahlen spielen sowohl die Stadt als auch der Bundesstaat und das gesamte Land eine Rolle für mich. Bei Präsidentschaftswahlen begreife ich mich nicht nur als US-Bürger, sondern auch als Weltbürger, denn ein Großteil der schwierigsten Probleme, vor denen wir stehen – vom Klimawandel bis hin zu Pandemien –, machen nicht an den politischen Grenzen halt.

In ihrer Rede auf dem Parteitag forderte May nicht nur einen Sinn für Bürgerschaft, sondern auch für Patriotismus, eine emotionale und nicht rein formale Verbundenheit. Es gibt jedoch keinen Grund, warum einem Patrioten nicht manchmal auch das Schicksal der Erde so am Herzen liegen sollte wie das Schicksal einer Stadt. Jede und jeder von uns muss mit mehreren Zugehörigkeiten zurechtkommen. Und wenn Menschen sich einer Stadt und einem Land zugehörig fühlen, deren Interessen auseinandergehen können, warum stößt es dann auf Unverständnis, wenn von einer Zugehörigkeit zur übrigen Welt die Rede ist?

Dass die Ortsverbundenen mit Kosmopoliten in derselben Gesellschaft leben, schränkt ihre Möglichkeiten ein, die ersehnte heimische Geborgenheit zu erreichen.



Kosmopoliten respektieren das Recht anderer, anders zu sein als sie selbst. Damit aber gestehen Weltbürger dieses Recht auch denjenigen zu, die nicht kosmopolitisch sind. Der Gedanke, dass jedes menschliche Wesen

von Bedeutung ist – der Universalismus im Kern des Kosmopolitismus – ist nicht bloß eine Option. Der Kosmopolitismus ist der Idee verpflichtet, dass Individuen und Gesellschaften das Recht haben, selbst zu entscheiden, was sie für erstrebenswert halten und wie ihre sozialen Vereinbarungen aussehen sollen.

Viele Menschen legen vor allem Wert darauf, sich einem bestimmten Ort zugehörig zu fühlen und von Menschen umgeben zu sein, die eine vertraute Sprache sprechen und den gleichen Gewohnheiten folgen wie sie selbst. Diesen Menschen – die der britische Journalist David Goodhart als „Somewheres“ bezeichnet und von den „Anywheres“ unterscheidet – steht es zu, sich eine soziale Welt zu schaffen, die ihnen die sprichwörtliche heimische Geborgenheit garantiert. Und wenn sie diese Geborgenheit wahren wollen, indem sie Menschen, die anders sind als sie selbst, oder kulturelle Importe fernhalten, so ist das ihr Recht (vorausgesetzt, bestimmte moralische Grundwerte der Nichtdiskriminierung werden beachtet).

Das Problem ist natürlich, dass diese nicht kosmopolitisch gesinnten Ortsverbundenen in Gesellschaften leben, in denen es auch Andersdenkende gibt. Sie müssen mit den Kosmopoliten zusammenleben, genauso wie diese mit ihnen zusammenleben müssen. Außerdem haben Gesellschaften die moralische und rechtliche Pflicht, zumindest einige Ausländerinnen und Ausländer aufzunehmen – nämlich diejenigen, die vor Verfolgung und Tod geflohen sind. Das ist eine gemeinsame Verpflichtung der Staatengemeinschaft, weshalb eine gerechte Lastenverteilung erfolgen muss. Aber jede Gesellschaft muss diesen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Dass die Ortsverbundenen mit Kosmopoliten in derselben Gesellschaft leben, schränkt ihre Möglichkeiten ein, die heimische Geborgenheit zu erreichen. Gleichzeitig schränkt aber auch die Existenz der Ortsgebundenen die Kosmopoliten ein. In einer Demokratie geht es daher darum, die legitimen Wünsche der Landsleute zu respektieren und sich darum zu bemühen, sie zu erfüllen, wenn dies auf vernünftige Weise möglich ist.

Es ist ein ausgeprägtes Merkmal der menschlichen Psyche, dass wir zu intensiven Gefühlen im Zusammenhang mit Identitäten fähig sind, die wir mit Millionen und Milliarden Fremder teilen.



Wenn Nationalismus und Kosmopolitismus tatsächlich miteinander verflochten und keineswegs unvereinbar sind, warum wird der Kosmopolitismus dann zu einem Schreckgespenst gemacht von jenen, die sich wie der politische Stratege Steve Bannon der nationalistischen Stimmung anschließen? Ein Grund liegt darin, dass einige Menschen im Namen des Kosmopolitismus überhöhte Forderungen stellen. Sie haben sich häufig von einem verlockenden Gedankengang verführen lassen: Wenn alle Menschen bedeutsam sind, dann müssen sie auch *gleichermaßen* wichtig sein; und wenn das so ist, dann hat auch jeder von uns dieselben moralischen Verpflichtungen gegenüber allen anderen Menschen.

Die Bevorzugung derjenigen, mit denen man durch Blut, Kultur oder Territorium verbunden ist, kann in dieser Sichtweise moralisch beliebig wirken. Der wahre Feind derjenigen, die über die „Bürger aus dem Niemandsland" klagen, ist nicht ein vernünftiger Kosmopolitismus. Es ist vielmehr ein Gedanke, der gelegentlich von Menschen vorgebracht wird, die sich „Weltbürger" nennen – der Gedanke, dass es falsch ist, den eigenen Ort und das eigene Volk zu bevorzugen. Diese Variante des Kosmopolitismus versteht nicht, dass die aus dem Blickwinkel einer allgemeingültigen Moral geltende Tatsache der gleichen Wichtigkeit aller Menschen nicht meint, dass jeder von uns dieselben Verpflichtungen gegenüber allen Menschen hat.

Es ist ein ausgeprägtes Merkmal der menschlichen Psyche, dass wir zu intensiven Gefühlen im Zusammenhang mit Identitäten fähig sind, die wir mit Millionen und Milliarden Fremder teilen. Das ist im Übrigen auch bei solchen Formen des Nationalismus so, die keinen Respekt für andere Nationen zeigen, sondern in Feindseligkeit und Fremdenhass ausarten. Diese Seite des Nationalismus gilt es zu bändigen. Der Kosmopolitismus ist ein Mittel dazu. Es ist aber absurd, die andere Seite des Nationalismus zu übersehen: Seine Fähigkeit, Menschen in Projekten zusammenzubringen wie der Schaffung eines sozialen Wohlfahrtstaates oder dem Aufbau einer Gesellschaft von Gleichberechtigten.

Ein erfolgreiches Weltbürgertum muss sein Augenmerk auf Angelegenheiten nah und fern richten sowie politische Systeme fördern, die auch für Ortsverbundene funktionieren.



Neben dem Vorwurf, Kosmopolitismus stehe im Widerspruch zu Nationalismus, wird auch behauptet, dass die Menschheit als Ganzes zu abstrakt sei, um ein starkes Identitätsgefühl zu erzeugen. Aber die Größenordnung kann nicht das Problem sein. Es gibt fast 1,4 Milliarden Chinesinnen und Chinesen und doch ist deren chinesische Identifizierung eine reale Kraft in ihrem Leben und ihrer Politik. Der moderne Nationalstaat war als Gemeinwesen schon immer zu groß, als dass alle sich persönlich kennen könnten; er wurde schon immer durch eine imaginäre Identifizierung zusammengehalten und nicht durch eine buchstäbliche Mitmenschlichkeit. Die Weltbürger gehen in ihrer Vorstellungskraft nur einen kleinen Schritt weiter und müssen dabei nicht ihre eigenen Wurzeln wegdenken. Von Weltbürgerschaft zu sprechen, bedeutet also nicht, eine lokale Bürgerschaft abzulehnen.

Wer die Bedeutung des Anderswo leugnet, hat sich von der Welt zurückgezogen, in der die Staatengemeinschaft den größten Problemen und Bedrohungen entgegenwirken muss, und zwar mit ernsthaften Verpflichtungen, die über Grenzen hinausgehen. Die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre hat heute ihren Höchststand der letzten 800 000 Jahren erreicht. Die Versauerung der Ozeane verschlimmert sich Jahr für Jahr. Und den Vereinten Nationen zufolge gab es 2017 fast 260 Millionen Binnenflüchtlinge, von denen viele vor Kriegen und Unterdrückung in Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Asien flohen.

Wenn populistische Demagogen in aller Welt sich den durch wirtschaftliche Unzufriedenheit entstehenden Aufruhr zunutze machen, besteht die Gefahr, dass die Politik des Engagements der Politik des Rückzugs weicht. Ein erfolgreiches Weltbürgertum muss sein Augenmerk auf Angelegenheiten nah und fern richten sowie politische Systeme fördern, die auch für Ortsverbundene funktionieren. Die „Anywheres“ müssen ihre Besorgtheit auch auf die „Somewheres“ ausweiten. Aber zu vergessen, dass wir alle Bürgerinnen und Bürger einer Welt sind – einer kleinen, sich erwärmenden, hochgradig gefährdeten Welt – wäre ein fahrlässiges Nachlassen der Wachsamkeit. Das Anderswo war nie bedeutsamer.

Aus dem Englischen von Ina Goertz.

Dieser Artikel erschien in der Langversion ursprünglich auf ForeignAffairs.com.



Hat Ihnen der Beitrag gefallen? Bestellen Sie hier den Newsletter.

Ja, ich will den IPG-Newsletter lesen!



Kwame Anthony Appiah
New York

Kwame Anthony Appiah ist Professor an der New York University. Als analytischer Philosoph arbeitet er zu Fragen der Semantik, Ethik, Politik und interkulturellen Philosophie.

Weitere Beiträge

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA



Thomas L. Friedman

Make the US and China poor again

Im Handelskrieg geht es um nationalen Stolz und die Frage, wer als Erster das Gesicht verliert. Doch es gäbe eine Lösung.